



HESSISCHER LANDTAG

02.12.2010

*Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen*

**Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011) in der Fassung der
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 18/3132 zu Drucksache 18/2674**

Einzelplan **08** **Hessisches Sozialministerium**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel Alle
Buchungskreis: Alle

Produktnummer lt. Leistungsplan Alle

Bezeichnung lt. Leistungsplan Diverse

Sonstige Veränderungen:

Das Oberziel wird ersetzt durch folgenden neuen Text:

Oberziel

Die Sozialpolitik des Landes Hessen versteht sich als Grundlage einer aktiven und gerechten Gesellschaft der Bürgerinnen und Bürger, in der jede und jeder in seiner Selbstverantwortung gestärkt wird und darauf vertrauen kann, dass sie und er unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht oder Behinderung solidarische Hilfe erhält und ihre bzw. seine Teilhabe am öffentlichen Leben gewährleistet ist.

Die Leitlinien der Sozialpolitik sind Nachhaltigkeit, Chancengerechtigkeit, Teilhabegerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Generationengerechtigkeit.

Neben der Gewährleistung gesetzlicher Ansprüche und besonderer Finanzierungsaufgaben wird die Sozialpolitik des Landes an neun Fachzielen ausgerichtet.

Ein wesentlicher Faktor einer modernen Gesellschaft ist die Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit. Dabei kommt dem Landesdienst eine Vorbildrolle zu. Der landesweite Schutz von Frauen vor Gewalt ist durch die Absicherung bestehender Schutzangebote dauerhaft zu gewährleisten.

Die kinderfreundliche Gestaltung der Lebensumfelder der Menschen steht im Mittelpunkt der Landespolitik. Dazu gehört die Förderung und Stärkung von Familien mit Kindern durch niedrigschwellige Beratungs- und Hilfeangebote ebenso wie der frühe und gerechte Zugang zu altersgerechten Bildungsangeboten durch die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung. Notwendig für eine gute Kinderbetreuung sind gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher, kleine Gruppen und ein den Erfordernissen entsprechender Fachkräfteschlüssel, insbesondere um den Bildungs- und Erziehungsplan umzusetzen. Väter und Mütter werden in ihrem Wunsch nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot unterstützt. Für Kinder wird ein ausreichender Schutz vor Vernachlässigung und Gewalt gewährleistet.

Mit der Zunahme des Anteils älterer Mitbürger ist die Solidarität der Generationen zu stärken. Familien mit älteren Menschen und pflegebedürftigen Angehörigen werden entlastet und unterstützt, die Teilnahme am öffentlichen, sozialen und kulturellen Leben älterer Menschen ist zu fördern und ein selbst bestimmtes und würdiges Leben in Heimen wird ermöglicht. Der demografische Wandel ist gemeinsam und nachhaltig mit den

Kommunen zu gestalten durch den Umbau der Lebensräume in den Städten und im ländlichen Raum und mit einer Vielfalt von Angeboten zu begleiten. Die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements ist für die Weiterentwicklung des Gemeinwesens unabdingbar.

Gesundheitsförderung und Prävention aller Generationen dienen der Sicher- und Herstellung gesunder Lebensverhältnisse, dem Gesundheitsschutz und der Fähigkeit zur Gesunderhaltung. Die aktuellen Herausforderungen an die medizinische Versorgung und Pflege - besonders in unterversorgten Bereichen - bedürfen neuer, innovativer Lösungen, die sich an den Bedarfe der Menschen orientieren. Suchthilfeangebote sind bedarfsgerecht vorzuhalten.

Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen ist von Geburt an in allen Lebensbereichen zu fördern. Sie erhalten die notwendige Unterstützung für ein selbstbestimmtes Leben und gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Auch in Hessen geht die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander. Ein bedarfsgerechtes Angebot an Sozialen Dienstleistungen trägt zum Abbau von Armut, vor allem von Kinderarmut, bei, vermeidet soziale Krisen, stärkt und sichert gleichwertige Lebensverhältnisse in Hessen.

Jugendliche haben das Recht auf die besten Chancen. Durch bessere Kooperation von Jugendhilfe und Schule werden Schülerinnen und Schüler auf Ausbildung und Beruf vorbereitet und in persönlichen Krisen unterstützt. Durch den Ausbau der Freiwilligendienste werden mehr Plätze geschaffen und somit der steigenden Nachfrage nach ehrenamtlicher Arbeit entsprochen. Straffälligkeit und Gewalt von Jugendlichen wird vorgebeugt, es sind Alternativen zum Strafvollzug zu entwickeln. Um die Integration von jugendlichen Aussiedlern zu fördern, sind die Angebote für sie zu erweitern.

Die neuen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt bedürfen neue Antworten. Die bestehenden Ausbildungs- und Arbeitsmarktprogramme werden neu strukturiert. Sie werden auf die präzise Ergänzung kommunaler Angebote neu ausgerichtet. Um Langzeitarbeitslosen und Personengruppen mit besonderen Schwierigkeiten die Chance auf Erwerbstätigkeit zu ermöglichen, wird die Schaffung langfristiger sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse in Kooperation mit den Kommunen unterstützt.

Die Kommunalisierung sozialer Hilfen wird evaluiert und durch einen neuen Vertrag zwischen Land, Kommunen und der Liga zukunftsfest neu strukturiert.

Der Wirtschaftsplan, das zugehörige Produktblatt und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Das Oberziel wurde konkretisiert.

Wiesbaden, 02.12.2010

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende
Tarek Al-Wazir